

5. Und damit kommen wir zum letzten Punkt: Ohne Fehler geht es nicht ab! Auch Kommissionen und Komitees sind nicht irrtumslos. Darum müssen alle Beteiligten, ja, müssen auch Gruppen als Ganzes bereit sein, zu vergeben und dabei sich einzugestehen, daß in umgekehrter Richtung Fehler ebenso gemacht werden. Dies bedeutet aber, daß Persönlichkeit und Frömmigkeit der Verhandeln- den doch immer wieder ausschlaggebendes Moment sind. Für ein solches Unter- nehmen bedarf es eben der Menschen, die ihrem Wesen und ihrer Einstellung nach wirklich pontifices, d. h. Brückenbauer sind.

DOKUMENTE UND BERICHTE

DIE KIRCHEN UND DER SOZIALE UMBRUCH AUSSERHALB EUROPAS

Von Karl Heinz Pfeffer

Die ökumenische Bewegung hat einen ihrer Ursprünge in der Zusammenarbeit der Missionsgesellschaften und der kirchlichen Missionen außerhalb Europas, einen zweiten im nie erloschenen Schmerz über die Glaubenstrennung, einen dritten im Entschluß, tätig beim Wiederaufbau einer kriegszerstörten Welt zu helfen, einen vierten in der Einsicht, daß es dem Zeugnis von der Herrschaft Christi schadet, wenn es nicht in brüderlicher Gemeinsamkeit abgelegt wird. Diese Ursprünge werden deutlich in der geistigen Gliederung, die für die Weltkirchenversammlung in Delhi 1961 vorgesehen ist: Einheit, Zeugnis, Dienst.

Es gilt demnach, einen Weg zur ökumenischen Zusammenarbeit der historischen Kirchen zu finden, der näher zur Wirklichkeit der einen unsichtbaren Kirche führt, ohne daß sich die historischen Kirchenkörper ihre Glieder gegenseitig abspenstig zu machen versuchen und ohne daß eine Gemeinde oder ein einzelner die beson- dere Stimme aufgibt, die im polyphonen Chor der historischen Christenheit nötig ist. Es gilt zweitens, Front zu machen gegenüber einer Welt, die das Zeugnis von der Herrlichkeit Christi heute nötiger hat denn je, wo sie erfüllt ist von einer Vielfalt historischer Religionen und Pseudoreligionen. Sie ist davon erfüllt, ob- wohl fast überall das Evangelium verkündet worden ist. Nur wenig Länder gibt es, in denen die Menschen noch nie etwas von Christus gehört haben: einzelne Regionen der arabischen Welt wie Oman oder der Jemen, das Hochland von Tibet und hier und da ein vergessenes Wald- oder Wüstengebiet —, sonst ist überall verkündet und gepredigt worden. Die Welt verlangt nach einem Zeugnis gerade in ihrer nach-christlichen Periode, in der ja auch die altchristlichen Länder am Mittelmeer leben, ebenso wie das nördliche Europa, das von den Russen eroberte und weithin christianisierte Sibirien sowie die amerikanischen Kontinente.

Zeugnis durch gemeinsame Diakonie

Einheit und wirksames Zeugnis können erwachsen nur aus der gemeinsamen Diakonie an der alltäglichen Welt. In der Diakonie erst bewährt sich der ökume-

nische Wille, wie ja auch die Einsicht in die Notwendigkeiten der Diakonie eine wesentliche Antriebskraft gewesen ist. Auf der in Saloniki im Sommer 1959 abgehaltenen Studienkonferenz über Fragen des sozialen Umbruchs sagte Prof. H. D. Wendland aus Münster, daß es auf eine „kritische Identifizierung“ der Christenheit mit der Welt ankomme. Man muß sich getroffen fühlen, wo immer die Welt von einer Not getroffen wird. Man darf aber nicht unkritisch, wie es die Welt tut, die Not anklagen oder einen Sündenbock suchen, sondern man muß der Welt immer auch die Grenzen der diesseitigen Heilsmöglichkeiten vor Augen halten, man muß die Wurzel des Übels auch in den betroffenen Menschen suchen, man muß den Herd der Krankheit und nicht nur die Symptome heilen wollen.

Es gibt zwei große Beispiele, an denen sich zeigen läßt, daß die historische Christenheit aller Länder und Konfessionen noch in den Geschichtsabschnitten, an die sich die heute lebende Generation erinnert, Diakonie in diesem Sinne geübt hat —, und zwar gemeinsame Diakonie.

Das eine Beispiel war die formale Sklaverei mit Sklavenraub, Sklavenhandel, Sklaventransport über See und Sklavenbeschäftigung auf Plantagen oder in Haushalten. Die Christenheit mobilisierte die Gewissen der Regierenden, und der Kampf gegen das Übel wurde gemeinsam von Staaten durchgeführt, die sich in der Politik dieser Welt heftig bekämpften. Er ist niemals völlig gewonnen worden, und er hat gewiß nicht zu einem Paradies auf Erden geführt. Man mag sogar daran zweifeln, ob die freien Arbeiter schwarzer Hautfarbe in den Slums von Chicago besser daran sind als manche Haussklaven in patriarchalisch gelenkten Herrenhäusern der alten Südstaaten Nordamerikas. Aber die Schande des ungehemmten Wegfangens von Menschen aus wehrlosen Dörfern Afrikas, der Marsch hilfloser Gefangener zur Küste, der Transport im Zwischendeck von Seelenverkäufern, die öffentliche Feilbietung junger Männer und Mädchen für einen Geldpreis, die Bindung an den arbeit- und wohnunggebenden Besitzer — all das ist im wesentlichen vorbei.

Das andere Beispiel war die soziale Not der industriellen Frühepoche, die Überbeanspruchung der Arbeitskraft, der Mangel jeglicher Fürsorge, die Niedrighaltung der Löhne, die Ausbeutung einfacher Konsumbedürfnisse wie der Notwendigkeit einer Wohnung. Auch hier haben die „christlich-sozialen“ Bewegungen überall auf der Erde dazu beigetragen, das Gewissen der Mächtigen zu bewegen. Bestimmte Dinge kann ein Arbeitgeber heute nicht mehr tun, auch wenn er großen wirtschaftlichen Gewinn davon erwarten könnte. Andere Dinge kann er einfach nicht mehr unterlassen (z. B. einfache Vorrichtungen des Arbeitsschutzes). Die Wirtschaft der modernen Welt ist weniger isoliert von sittlichen Maßstäben, als sie es war, bevor die christliche Stimme an die Gewissen rührte. In der industriellen Welt sind die Zustände noch weniger ideal geworden als in der früher vom System der Sklaverei geprägten Welt. Das Heilmittel, die Darbietung „sozialer Sicherheit“, ist selbst von Fragwürdigkeiten belastet. Aber immerhin, die Diakonie der Christenheit hat sich zuerst der Sklaven und dann der industriellen Arbeitnehmer angenommen und damit einen brüderlichen Dienst an Gruppen zu leisten versucht, die über die ganze Welt verbreitet sind.

In beiden Fällen gingen Einsicht und Aktion Hand in Hand, sie waren fast gleichbedeutend miteinander. In beiden Fällen waren die Motive der Anklage vielfältig, noch vielfältiger waren die Gründe, weshalb die Staaten und die Machtträger der Wirtschaft schließlich viele der ergangenen Mahnungen beherzig-

ten. In beiden Fällen aber hatte die Christenheit ernst mit der Aufgabe des Bruderdienstes gemacht und sich nicht mit einer höchst fragwürdigen Rechtfertigung bestehender Übelstände mittels eines angeblichen Naturrechts zufriedengegeben. Gute Kirchgänger in allen historischen Kirchen wiesen vernehmlich darauf hin, daß es schon immer Herren und Knechte gegeben habe oder daß man den Unterschied von arm und reich nicht abschaffen dürfe. Sie konnten viele biblische Stellen zur Rechtfertigung ihres historischen Privilegs zitieren und fühlten sich sicher, sogar ruhig in ihren taub gewordenen Gewissen.

Künstler und Gelehrte erkannten das Übel, dieses Erkennen war schon Tat, denn die Einsicht verbreitete sich bei allen, die es anging, nachdem sie einmal in Worte gefaßt war. „Onkel Toms Hütte“ tat unendlich viel zur Gewissensschärfung in der Sklavenfrage, und die „Kathedersozialisten“ waren in vielen Ländern die Schrittmacher sozialer Reformen, die uns heute selbstverständlich erscheinen. Die Soziologie ist ja überhaupt als „kritisches Selbstbewußtsein der Gesellschaft“ entstanden, wie es Auguste Comte formuliert hat. Dieses Innwerden einer Krise ist der Beginn ihrer Überwindung.

Studium und Aktion 1954–1959

So hat nicht zufällig die ökumenische Bewegung die „Studienabteilung“ des Ökumenischen Rates auf den Plan gerufen, als es zum dritten Male in der Neuzeit darauf ankam, daß die Christenheit Front zu einer kritischen Situation machte. Als die verschiedenen Kommissionen und Arbeitsgruppen des Ökumenischen Rates im August 1959 in Spittal in Kärnten zusammentraten, bestand Einigkeit darüber, daß ein Studium des Problems nur als Teil der Aktion zu rechtfertigen sei, daß eine nüchterne Bestandsaufnahme aber auch ein unabdingbarer Teil der Aktion sei. Es gilt hier die alte Regel, daß die Gesellschaftswissenschaft als Wirklichkeitswissenschaft nicht vom Willensgehalt entleert werden kann, daß sie im Sinne des Aristoteles weder „Logik“ (Geisteswissenschaft) noch „Physik“ (Naturwissenschaft) ist, sondern „Ethik“.

Die Weltkirchenversammlung in Evanston beauftragte die Studienabteilung des Ökumenischen Rates in Genf, bis zur nächsten weltweiten Zusammenkunft eine Studie über die Lage der im „raschen sozialen Umbruch“ (= Rapid Social Change) befindlichen Länder durchzuführen. Diese Studie war als Einleitung einer Aktion gedacht und nicht als akademisches Exerzitium. Ihre Träger haben seit 1954 streng darauf geachtet, daß hier nicht einfach die Arbeit soziologischer Forschungsinstitute oder der großen UNO-Kommissionen wiederholt und verdoppelt wurde, sondern daß jede Forschungsarbeit den Willenspfahl der Diakonie in sich trage. Die erste Phase der Aufgabe war im Juli 1959 beendet, als man in Saloniki zusammenkam, um Praktikern des kirchlichen Alltags Anregungen zu geben, um die Laien und Geistlichen der Kirchen zu überzeugen, um sich von ihnen berichten und korrigieren zu lassen. Im Gespräch zwischen den Beratern und Planern der Studie, zwischen den Trägern der einzelnen Forschungsaufgaben, zwischen Bischöfen, Superintendenden und Pastoren, zwischen Studentenpfarrern und Arbeiterpfarrern, Kirchendelegierten, Laien aus den Gemeinden, Verbandssekretären und Sozialwissenschaftlern wurde überprüft, was die Arbeit von fünf Jahren ergeben hat. Dabei wurden offene Punkte geklärt, neue Fragen angeschnitten, neue Ausblicke erarbeitet. Es war nicht ein selbstzufriedener Kongreß der Rückschau, sondern eine Arbeitskonferenz, die neue Anstöße gab.

Sie schloß eine Serie von Zusammenkünften seit Evanston ab. 1955 trat ein kleiner Arbeitsausschuß zum ersten Male in Davos zusammen, um Möglichkeiten zur Durchführung des in Evanston erteilten Auftrags zu überlegen. 1956 wurde in Herrenalb die Richtung festgelegt, und die einzelnen Aufgaben wurden verteilt. 1957 traf man sich in Genf und 1958 in Nyborg, um den Stand der Arbeit zu überprüfen. Inzwischen kamen die einzelnen Arbeitsgruppen getrennt voneinander zusammen, ohne daß dabei gegenseitige Besuche verwehrt waren. Die Nordamerikaner trafen sich in New Haven, die Europäer in Odense, die Lateinamerikaner besuchten sich in verschiedenen Städten, die Afrikaner „konsultierten“ einander bei Begegnungen in Ibadan. Die Mitarbeiter aus Asien begegneten sich in Siantar und in Kuala Lumpur. Nicht in jedem Falle handelte es sich dabei um eine Sonderzusammenkunft der Angehörigen der Forschungsgruppe „Rascher sozialer Umbruch“, sondern oft wurden allgemeine Zusammenkünfte kirchlicher Art zum Anlaß genommen, um eine Beratung über die Aufträge durchzuführen.

Im Vorfeld dieser Konsultationen arbeiteten die einzelnen Arbeitsbeauftragten, die nur dann und wann Besuch aus Genf oder von einem regionalen Sondervertreter erhielten. Ihre Aufgabe war einerseits eine wissenschaftliche Erstuntersuchung unter dem übergeordneten Gesichtspunkt der Gesamtstudie, andererseits die Unterstützung einer örtlichen Initiative von Laien (kirchlichen Gemeinden oder Vertretern der Wissenschaft) und von Geistlichen. Mit dieser Methode gewann man eine Reihe von Modellstudien, die in jedem Fall vom Geist der Gesamtstudie ausgingen und niemals dem Fehler verfielen, in Konkurrenz mit der akademischen Sozialwissenschaft oder der internationalen Sozialpolitik treten zu wollen. Es liegen Berichte aus Brasilien und Uruguay, Liberien, Ghana, Kamerun, Nordrhodesien und Kenia, aus Indien, Indonesien und Japan vor, dazu wichtige Mitteilungen aus einzelnen Nahostländern, insbesondere aus dem Libanon und aus Ägypten. Immer von neuem fanden Besuche aus Genf bei den „Vorposten“ statt, damit die Linie gehalten wurde und damit frische Kräfte der Arbeit zufließen. Viele Länder, in denen wichtige Ergebnisse gewonnen werden könnten, fehlen bei den Modellen, aber es kommt nicht auf eine umfassende Bestätigung an, sondern auf den Gewinn von allgemein gültigen Einsichten an wenigen Einzelfällen. Daher ist weder von Mexiko und Argentinien die Rede, noch von Kuba und Westindien, noch von Algerien und Äthiopien, noch vom Kongo oder vom Senegal, noch vom Irak oder von Syrien, von Pakistan oder Ceylon, Burma oder Vietnam, von China oder von dessen selbständigen Außengebieten.

Die geographische Begrenzung des Projektes

Das Thema „Rascher sozialer Umbruch“ ist vieldeutig. Sofort wiesen die Nordamerikaner darauf hin, daß kaum ein Land einen so raschen Umbruch erlebe wie die USA oder wie Kanada. Man hätte auch die Sowjetunion anführen können oder andere osteuropäische Länder, selbstverständlich auch die rasch wieder aufgebauten Wirtschaften Westdeutschlands und Italiens oder das von der „Labour-Revolution“ veränderte Nachkriegsengland. Der Auftrag von Evanston jedoch schloß ausdrücklich diese Länder einer fortgeschrittenen Industrietechnik aus. Es geht bei ihm nicht um die Europäer in Europa, Nordamerika oder den asiatischen Teilen der Sowjetunion, sondern um die Nichteuropäer, deren Schicksal man im Zeitalter der „Europäisierung der Welt“ (man kann es auch „Imperia-

lismus“, „Kolonialismus“, „Industriekapitalismus“ usw. nennen) nicht genügend zur Kenntnis genommen hatte. Es geht um die unterprivilegierten Menschenmassen der technisch schlecht ausgestatteten Rohstoffländer (oft genannt „unterentwickelte“ Länder, wobei sich das Eigenschaftswort eben nur auf die Ausstattung mit technischer Ausrüstung, mit technischen Spezialkenntnissen oder mit Kapital bezieht und keineswegs den Sinn einer menschlichen, sozialen oder kulturellen Primitivität hat). Diese Massen werden vom Hunger getroffen. Bei ihnen ist die Bevölkerungsfrage ungeklärt, so daß man bald von einer „Bevölkerungsexplosion“ spricht und bald von einem gefährlichen Mangel an Arbeitskräften, der zur Einführung der Zwangsarbeit verleiten könnte. Jedenfalls sind die Arbeits- und Lebensmöglichkeiten nicht in Einklang gebracht worden mit der räumlichen Bevölkerungsverteilung. Es geht um Massen, denen in rasender Plötzlichkeit ein Kulturwandel von einer vortechnischen Eigenwelt zu einer der Herkunft nach fremden Maschinenzivilisation zugemutet wird. Sozialstrukturen werden durch Wanderungen aufgelöst, neue werden nicht angeboten oder sind schon in ihrem Herkunftsland fraglich geworden. Mit anderen Worten, es geht um „Afrika, Asien und Lateinamerika“ (diese alphabetische Reihenfolge ist in den Arbeitsberichten und Veröffentlichungen des Ökumenischen Rates zur Regel geworden).

Bei aller Begeisterung für Ziel und Erfolg der bisherigen Arbeiten darf hier eine kritische Bemerkung nicht unterlassen werden, die auch dem Sinne nach mehrfach in Spittal und Saloniki vorgebracht wurde. Wenn man sich schon mit der Welt im sozialen Umbruch beschäftigt und darunter in erster Linie die sogenannten Entwicklungsländer versteht, dann sollte man allein aus methodischen Gründen die Länder unter kommunistischer Herrschaft nicht auslassen. Die Probleme Japans oder Indonesiens fordern zum Vergleich mit der Chinesischen Volksrepublik heraus. Wenn man Südkorea und Südvietnam betrachtet, sollte man auch Nordkorea und Nordvietnam ansehen. Die Erfahrungen im indischen Staat Kerala und im Irak gehen alle ebenso an wie die Ereignisse, die 1953 in Guatemala und in Britisch-Guayana stattfanden. Die konkreten Probleme der Türkei oder Griechenlands werden vielleicht besser erhellt, wenn man auch einen Blick nach Bulgarien wirft.

Es war bei den Arbeiten der letzten fünf Jahre nicht so, daß man die kommunistischen Versuche zur Lösung der Probleme nur als Gegenbewegung verurteilte, sondern man nahm insgesamt zu wenig Kenntnis von ihnen. Das lag sicherlich an den äußeren Schwierigkeiten, denn Christen aus der DDR, aus Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei, die durchaus an den Arbeiten hätten teilnehmen können, besaßen ja auch keine Sachkenntnis erster Hand von den kommunistisch beherrschten Entwicklungsländern. Allmählich freilich ist das Bewußtsein dieser Lücke wach geworden. Japaner, Inder, Indonesier und Ceylonesen besonders drangen darauf, daß man den Tatsachen ins Auge sah und sich mit Methoden der Kapitalakkumulation oder der Industrialisierung in kommunistischen Staaten beschäftigte. Die deutschen Kirchen, die ja als einzige nationale Kirchengruppe über die Scheidelinie zwischen der kommunistischen und der nichtkommunistischen Welt hinweggreifen, haben von sich aus manches zu den sittlichen Fragen zu sagen, die sich gerade beim Vergleich der Lösungen erheben. Jedenfalls zeigte sich in Saloniki, daß man mehr als früher die Auswege ansehen will, die von den Kommunisten empfohlen oder versucht werden. Eine Christenheit, die sie nicht zur Kenntnis nimmt, macht sich willentlich blind.

Bisher tauchte bei den Überlegungen immer in erster Linie die Frage der staatsbürgerlichen Freiheiten auf, während die ökonomischen, sozialen und technischen Probleme noch nicht richtig ins Auge gefaßt wurden. In Saloniki bemerkte ein fachlich hochqualifizierter Vertreter Ceylons, daß man sicher bei jeder wirtschaftlichen Entwicklung den Preis an menschlichen Werten beachten müsse, den sie koste. Aber gleichzeitig müsse man auch den Preis überlegen, den eine Nicht-Entwicklung kosten könnte. Konkret heißt das: Man soll bei einer Beurteilung Chinas nicht nur fragen, was die unbestreitbaren Fortschritte kosten, sondern soll sich auch die hohen Opfer klarmachen, die ein Verharren in den früheren Zuständen gekostet hätte. Diese Überlegungen rühren natürlich nahe an theologische oder mindestens an ethische Probleme. Es geht um das Recht und die Pflicht zum geschichtlichen Handeln in einer höchst unvollkommenen Welt. In Saloniki wurde mit Recht davon gesprochen, daß der rasche soziale Umbruch den Christen in ein Dilemma nach dem anderen bringt, daß es Alternativen gibt, daß keine Entscheidung endgültig gut oder schlecht sein kann, daß man immer nur von geringeren Übeln sprechen darf.

Besonders deutlich wurden diese neuen Gesichtspunkte, wenn man die Frage der Demokratie besprach. Noch immer besteht eine Tendenz, unter Demokratie Institutionen des Verfassungsrechts zu verstehen. So ist man immer wieder in Versuchung, das allgemeine und gleiche Wahlrecht als eigentliche christliche Forderung zu bezeichnen, ohne sich dabei doch zu erinnern, daß auch mit Hilfe dieses Wahlrechts Diktatoren völlig legal an die Macht gelangen können. Die Substanz unserer politischen Wirklichkeit ist noch nicht genügend unter ethischen Gesichtspunkten durchdacht worden, sondern jeder hat von seinen besonderen Erfahrungen aus nur überlegt, welche äußeren Formen am wenigsten Gewissensnöte hervorrufen können. Die uralte Frage der Christenheit, wie man sich zu Cäsar verhalten solle, stellt sich von neuem in den modernen Staaten, die der rasche soziale Umbruch zu Eingriffen in alle privaten Sphären zwingt. Jedenfalls ist man sich darüber einig, daß eine quietistische Lösung unstatthaft ist. Es geht im Sinne des Auftrags von Evanston nicht darum, die Welt ihren Gebietern zu überlassen und sich in eine spiritualistische Haltung zurückzuziehen, sondern im Gegenteil um ein Frontmachen zur Wirklichkeit, — ein Teil der Wirklichkeit sind die kommunistischen Staaten.

Weltweite Zusammenarbeit

Wenn man die kommunistische „Alternative“ ganz außer acht läßt, dann bieten sich zwei Seiten der Aufgabe. Einerseits kommt es darauf an, daß „der Westen“ (Nordamerika und das nichtkommunistische Europa) seine besondere Verantwortung gegenüber den Ländern raschen sozialen Umbruchs erkennt, andererseits müssen die Kirchen in den Ländern raschen sozialen Umbruchs ihre besondere Chance begreifen. Sie sollen sich nicht gegenüber der neu hereinbrechenden Welt verkapseln, sondern in ihr und für sie leben. Im Sinne dieser Doppelseitigkeit hat keine Arbeit im Rahmen der Gesamtaufgabe nur einseitig getan werden können. Auf jeder Konferenz waren Europäer, Nordamerikaner, Laien und Geistliche aus Afrika, Asien und Lateinamerika anwesend. An den einzelnen Forschungsaufgaben beteiligten sich im allgemeinen mehrere Personen aus

verschiedenen Erdteilen. Bei den Visitationsreisen zu den Gemeinden, auf denen einerseits die Gemeinden für die Aufgabe interessiert werden sollten, während man andererseits „frontnahe“ Eindrücke gewinnen wollte, reisten Personen aus der Genfer Zentrale immer zusammen mit Vertretern der örtlichen Kirchen. So gelang es Nordamerikanern weißer Hautfarbe, mit nationalistischen Afrikanern in Nordrhodesien in ein redliches Gespräch zu kommen, weil sie von einem Afrikaner aus Sierra Leone begleitet wurden, der sich als Führer seines heimatlichen Nationalismus einen Namen gemacht hatte. Europäer wurden zu den Konsultationen in Asien und Afrika eingeladen, Gäste aus anderen Kontinenten nahmen an den europäischen und nordamerikanischen Konferenzen teil.

Wenn also auch die Verteilung zwischen den Kontinenten wenig zu wünschen übrig ließ, so gab es doch starke Ungleichheiten zwischen den einzelnen Staaten und Staatengruppen. In dieser Beziehung bedeutete Saloniki sicher einen Fortschritt. Vorher nicht vertretene oder nur schwach repräsentierte Länder, die für die Gesamtaufgabe wichtig sind, schickten jetzt angemessene Delegationen (soweit man dieses Wort bei Zusammenkünften gebrauchen darf, bei denen niemand an Aufträge gebunden, sondern jeder nur seinem Gewissen und der gemeinsamen Sache aller verpflichtet ist). In Saloniki waren mehr und gewichtigere Afrikaner da als bei früheren Gelegenheiten. Den Problemen Afrikas wurde auch mehr Aufmerksamkeit als früher geschenkt, wo man zunächst immer Beispiele aus Asien zur Hand nahm. Man hörte in Saloniki die Stimme Liberiens, Sierra Leones, Ghanas, Nigériens, Kameruns, Belgisch-Kongos, Kenias, Tanganjikas, Nordrhodesiens (noch immer fehlten die protestantischen Gruppen aus den Ländern des früheren Französisch-Äquatorialafrikas, aus Uganda, Togo, Njassaland, Südrhodesien sowie die Christen Äthopiens und der Somaliländer). Aus Südafrika waren früher nur einzelne Angehörige der anglikanischen Community of the Resurrection gekommen, die sich durch ihr unerschrockenes Eintreten für die Benachteiligten Johannesburgs einen Namen gemacht hat. In Saloniki jedoch waren nicht nur Angehörige anderer Kirchen englischer Sprache, sondern ein Geistlicher der Niederländisch-Reformierten (also „burischen“) Kirche aus dem Transvaal sowie ein afrikanischer Pastor schwarzer Hautfarbe da. Neben Afrika trat Lateinamerika stärker als früher hervor. Besonderen Eindruck machte ein Referat des presbyterianischen Kubaners Arrastia, der mehr oder weniger die Beteiligung an der nunmehr echten Revolution in Lateinamerika als Christenpflicht erklärte. Auch Brasilien, Uruguay, Argentinien und Mexiko fanden Gehör.

In Lateinamerika ist freilich eine Frage noch ebenso ungeklärt wie der Einbezug der kommunistischen Länder Asiens in den Gesichtskreis der Arbeitsgruppe. Sie hängt insofern mit einem Grundproblem der Ökumene zusammen, als sie das Verhältnis des Ökumenischen Rates zum römischen Katholizismus angeht, das seit dem Amtsantritt des neuen Papstes mehrfach Gegenstand von Diskussionen geworden ist. Es ist klar, daß die im Ökumenischen Rat zusammengeschlossenen Konfessionen sich um ihre Brüder in Lateinamerika kümmern, ob es sich um Menschen persönlicher Bekehrung handelt oder um die Glieder von Auswandererkirchen. Nicht klar jedoch ist, wieweit das nominell katholische Lateinamerika legitim Missionsfeld sein darf. Insbesondere von Nordamerika sieht man das Elend der Indios in den Hochanden oder die Not der Massen in anderen Gebieten Lateinamerikas dicht vor sich, und man sieht, daß die katholische Hierarchie mindestens teilweise zu einem Stück der konservativen „Ordnung“ geworden ist. Man hat sich noch nicht entschließen können, den katholi-

schen Beitrag in der Front der Christenheit gegenüber dem raschen sozialen Umbruch ernst zu nehmen oder gar in der stillschweigenden Praxis mit seinen Trägern zusammenzuarbeiten. Man weiß wenig von den Leistungen der katholischen Kirche in Kolumbien, von ihrem Beitrag zu dem 1958 erfolgten Sturz des Tyrannen in Venezuela oder von den Strömungen im Klerus Argentiniens oder Brasiliens, die mit den modernen Sozialkatholiken Frankreichs und Italiens eng zusammengehören. Man sagt oft, Lateinamerika sei ein noch heidnischer Kontinent trotz der ihn überlagernden katholischen Hierarchie. Vielleicht bedarf es an diesem Punkt noch ökumenischer Einsichten. Gerade 1959 wurde in Spittal wiederum darauf hingewiesen, daß die Ökumene in ihrer bisherigen Form große Aufgaben in Lateinamerika hat, wenn sie zunächst einmal im Raum derjenigen historischen Konfessionen bleibt, die zu ihr gehören. Da sind die nur am Rande berührten Kirchen der Einwanderer ursprünglich deutscher Sprache, zu denen Lutheraner aus Finnland oder dem Baltikum gestoßen sind, und da sind andererseits die englischsprachigen anglikanischen oder protestantischen Christen Westindiens, die sich nun wirklich mitten im sozialen Umbruch befinden.

Aus Nordamerika waren nach Saloniki neben hervorragenden Vertretern der USA auch Kanadier gekommen. Die Beteiligung Europas bleibt noch immer auf wenige Länder beschränkt, wobei die Niederlande und Großbritannien besonders wertvolle Beiträge leisten und wirklich außergewöhnliche Persönlichkeiten in den Mitarbeiterkreis entsandt haben. In Saloniki waren zum erstenmal mehr als eine oder zwei Stimmen aus Deutschland zu hören, obwohl in Deutschland selbst das Echo auf die Bemühungen noch immer sehr schwach ist. Das protestantische Skandinavien sowie die österreichischen Mitgliedskirchen fehlten ganz, die anwesenden Schweizer hielten sich zurück, und nur Frankreich machte sein Gewicht wirklich geltend. Besonders wichtig war die Anwesenheit zahlreicher Griechen, denn die griechische Kirche nimmt eine ganz besondere Haltung in sozialetischen Fragen ein, und Griechenland befindet sich in der eigenartigen Position, zugleich im Sinne der Definition ein „Land raschen sozialen Umbruchs“ zu sein und ein Gliedstaat des von der industriellen Technik bestimmten Europa. Der Vordere Orient war noch schwächer vertreten als sonst, aber seine Sprecher riefen nach Beachtung der Probleme ihrer Länder.

Die theologische Mitarbeit soll verstärkt werden

Die ungleiche Verteilung spielt keine Rolle, soweit es sich um nationale oder geographische Verschiedenheiten handelt, denn die beteiligten Personen sind genügend qualifiziert, um nicht in den Teilproblemen ihrer engeren Heimat hängen zu bleiben. Doch hat die Verteilung gewisse Auswirkungen theologischer Art. In Spittal wurde ausdrücklich gesagt, daß die Studiengruppe für ihre weiteren Arbeiten mehr qualifizierte Theologen braucht. Wenn die Zentralfragen der Stellung des Christen zur modernen Welt, zu Staat, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur, realistisch und radikal erörtert werden sollen, dann kann man nicht so tun, als seien alle Vorfragen geklärt. Gewiß soll man sich nicht durch Theologismen davon abhalten lassen, rücksichtslos Front zur Wirklichkeit zu machen. Da aber bei dieser Wendung sofort Wertungen eine Rolle spielen, sollte man die Wertungen klären. Sicherlich ist die theologische Haltung der altchristlichen Ostkirchen bisher nicht gebührend berücksichtigt oder auch nur verstanden, freilich auch nicht eindrucksvoll vertreten worden. Es wird im ökumenischen Gespräch

nötig sein, auf die Griechisch-Orthodoxen, die Kopten oder die Altsyrer sorgfältig zu hören. Es wird gerade darauf ankommen, ihre Wortführer nicht nur in den theologischen Gremien von „Faith and Order“ sprechen zu lassen, sondern um ihren Beitrag dort zu bitten, wo es um die Erarbeitung einer gemeinsamen Haltung zur modernen Welt geht. Bei den Lutheranern geht es weniger um Einwände gegen praktisch wirksame Erklärungen als vielmehr gegen geistliche Begründungen derartiger Deklarationen. Die Lutheraner aus Nordamerika und Afrika fühlen sich dabei nicht sonderlich übergangen, doch gibt es Gruppen des strengen Luthertums, die zu diesen Fragen gehört werden sollten. Auch die dialektische Theologie ist nicht eigentlich zu Wort gekommen. Das Außerachtlassen gewisser Probleme, die Vernachlässigung ganzer Erdräume und die theologischen Einseitigkeiten hängen miteinander zusammen. Niemand darf ein Vorwurf daraus gemacht werden, denn mit knappsten Mitteln ist sehr viel erreicht worden. Man muß eben nur die Lücken sehen. Vor allem gilt es, daß die bisher Ferngebliebenen sich einen Ruck geben und den Auftrag ernst nehmen.

Schon in Saloniki und noch mehr in Spittal wurde klar, daß die angeschnittenen Sachfragen in keinem Fall nur die ausdrücklich so bezeichneten Länder raschen sozialen Umbruchs angehen. Es handelt sich um eine gemeinsame Not der Menschheit in unserer Gegenwart. Das ursprüngliche Schema, bei dem die Nordamerikaner und Westeuropäer sich ihrer Verantwortung gegenüber den anderen klar werden sollten, während die „anderen“ einerseits ihre Nöte erkennen, andererseits mit brüderlicher Hilfe aus Westeuropa und Nordamerika selbst etwas tun sollten, ist verblaßt. Man erkennt jetzt, daß wir alle vor den gleichen Alternativen, vor einander sehr ähnlichen Entscheidungen stehen. Die Arbeit ist also nicht zu Ende, sondern sie fängt erst an. Es besteht Hoffnung, daß nach Saloniki ein Kreis innerhalb der deutschen Kirchen zusammenkommt, der unsere eigenen Fragen in ökumenischer Sicht behandelt oder an Hand unserer eigenen Fragen zu ökumenisch wichtigen Ergebnissen kommt. Die Haltung des Menschen zwischen Tradition und neuen Formen, die menschliche Existenzmöglichkeit mit der sich steigernden Technik, das Leben auf der äußeren Wanderung, die Unabwendbarkeit des städtischen Daseins, die Herzlosigkeit der Maschinerie des öffentlichen Lebens im Massenstaat, das geht Berlin an wie Tokio, Essen wie Johannesburg und Frankfurt wie Sao Paulo.

In Saloniki fanden sich Männer zusammen, die in Großfirmen von Weltruf tätig sind, große Wirtschaftskapitäne und Manager von weitreichenden Wirtschaftsverbänden. Daneben gab es einfache Pfarrer aus abgelegenen Teilen Afrikas. Es gab Bischöfe großer Kirchen und bescheidene Jugendsekretäre, Dorflehrer und Universitätsprofessoren, Funktionäre der UNO und anderer weltweiter Gruppen sowie Führer nationaler Bewegungen. Für viele war das, was dort gesagt wurde, ein Schock. Der nordamerikanische Großunternehmer hörte ruhig zu, wenn die chinesische Art der Kapitalansammlung als mögliche Alternative erklärt wurde, und war nicht bereit, eine Sofortreaktion seines antikomunistischen Nervs einzuschalten. Der afrikanische Nationalistenführer ließ sich ruhig über die konkrete Bedeutung der Leistungen informieren, die von der scharf bekämpften Kolonialmacht für sein Land erbracht worden sind. Der Buschmissionar hörte zu, wenn man die Stadtwanderung als notwendig bezeichnete, wenn man sich von aller Dorfromantik abwandte und eine neue Kirche für die mobil gewordenen Massen verlangte.

Die eigentliche Bedeutung der seit Evanston geleisteten Arbeit liegt nicht in nachlesbaren Studienergebnissen, so eindrucksvoll sie auch sein mögen. Sie liegt auch nicht in der Begegnung einer Vielzahl von Menschen, von denen jeder das Gehörte weitergeben wird. Sie liegt eigentlich darin, daß sich aus der weltweiten Christenheit eine Schar zusammengefunden hat, die mit den Menschen der Gegenwart in die Zukunft gehen will. Die wesentliche Erkenntnis liegt darin, daß die Kirche Christi es nicht mit einer statischen Welt zu tun hat, in der Ungerechtigkeiten abgestellt werden können, wenn auch mit immer neu auftauchenden Ungerechtigkeiten zu rechnen ist, sondern mit einer sich wandelnden Welt, mit einer mobilen Menschheit. Der Missionsauftrag des Evangeliums kann nur wahrgenommen werden, wenn die Christenheit Schritt hält mit der Geschichte. Das heißt nicht, daß sie sich jedem Modernismus anpassen oder gar, daß sie „mit der Zeit“ gehen solle. Aber die „kritische Identifikation“ wird gar nicht gefordert mit einer statischen, a-christlichen Welt, sondern mit einem geschichtlichen Prozeß, in dem wir selbst stehen.

Der »Rasche Umbruch« gehört in die Gemeinden

Die ökumenische Arbeitsgruppe über den raschen sozialen Fortschritt hat bisher nur einen kleinen Zipfel der Decke gelüftet, die über den Tatsachen dieses Wandels liegt. Es ist ihre Aufgabe, uns zur Erkenntnis der uns umgebenden Wirklichkeit zu wecken. Diese neue Erweckung (das Wort ist geistlich, wissenschaftlich und praktisch gemeint) ist überhaupt nur im ökumenischen Rahmen möglich, denn die neue Wirklichkeit ist nicht mehr kleingekammert, wie es unsere historische Welt noch zu Anfang des 20. Jahrhunderts sein mochte. Daher reichen Überlegungen innerhalb der Nationen und Nationalkirchen oder innerhalb der historischen Konfessionen nicht mehr aus. Man mache sich nur einmal klar, was manch braver Gemeindepfarrer in Deutschland an schiefen Weiterkenntnissen in seine Sonntagspredigt einfließt, Erkenntnisse, die er aus Zeitungsmeldungen und einigen bekannten Büchern zusammenbaut. Die ökumenische Begegnung und Diskussion gerade in bezug auf gemeinsame Alltagsfragen muß intensiv weitergeführt werden. Immer breitere Kreise der Christenheit sollten an ihr beteiligt werden. Ihre Ergebnisse müssen zum Rüstzeug der Geistlichen und Laien in allen Kirchen und Ländern werden, damit wir besser als die anderen wissen, wie die Welt aussieht und wie man mit ihr fertig wird. Ein rascher sozialer Umbruch in diesem Sinne muß noch durch viele Gemeinden und Kirchen fegen, ehe der Auftrag von Evanston erfüllt ist. Manche verkriechen sich in einen spiritualistischen Quietismus, andere merken gar nicht, daß ihre Entscheidungen sozial-ethischer Fragen von ihrer Verflechtung mit sehr diesseitigen Interessen bedingt sind, mögen diese Interessen politisch, wirtschaftlich, sozial oder selbst nur kulturell sein. Das Evangelium wird in Zukunft ein scharfes Scheidewasser sein können für Bindungen an Zeit und Welt einerseits, für die diakonische Haltung zur konkreten Welt andererseits. Das Scheidewasser wird auch Bindungen an Ideologien, Sentimentalitäten, selbst „Religionen“ auflösen.

Die Arbeitsgruppe hat lange getastet, ehe sie ihr Thema sachlich gliedern konnte. Man fragte zunächst nach der verantwortlichen Entscheidung gegenüber dem sich erneuernden Staat, nach dem „westlichen“ Übergewicht im gegenwärtigen Kulturwandel, nach den Problemen der sich ändernden Dörfer sowie nach den Aufgaben der Stadt und der Industriegesellschaft. Die Gliederung änderte

sich allmählich, bis es in Saloniki zu einer Dreiteilung kam: 1. Der Mensch im Angesicht des raschen sozialen Umbruchs, 2. Die christliche Verantwortung in einer Zeit rascher Wirtschaftsentwicklung, 3. Die christliche Verantwortung in einer Zeit politischer Wandlungen. Man rang wiederum um die Formulierung von Berichten, bei denen jeder Teilnehmer jedes Wort billigen, mindestens keinem Wort widersprechen sollte. Diese Methode ist oft mit Erfolg praktiziert worden, aber sie hat natürlich ihre Grenzen. Es gibt Leute, die nicht so schnell denken, daß sie sofort einen logischen Grund für ihr Unbehagen bei einigen Formulierungen angeben könnten. Wenn man eine große Konferenz in Ausschüsse aufteilt, wird die Aufgliederung oft zufällig, und mancher hat Einwände gegen die Ergebnisse etwa der wirtschaftlichen Arbeitsgruppe, während er selbst zur politischen Gruppe gehörte. Er scheut sich dann, die Gesamtkonzeption der anderen Gruppe anzuzweifeln. Aus diesen und anderen Gründen sind die Berichte, so sorgsam sie auch am Ende formuliert worden sind, niemals das Wesentliche. Sie sind ja auch keine „Konzilsentscheidungen“, sondern Anregungen zum Denken. Sie sollten also von möglichst vielen Kirchen der Christenheit und von Gemeinden zur Hand genommen und erneut mit „kritischer Identifikation“ durchgearbeitet werden. Welch großartiger Lohn wäre es für die wenigen Männer und Frauen, die sich seit Jahren stellvertretend für uns mühen, wenn sie nunmehr ein lebendiges Echo fänden, wenn die Christenheit insgesamt sich an der Diskussion der wenigen beteiligten wollte!

Freilich sind da einige Prämissen vorhanden, die nicht ohne weiteres von den an der Arbeit nicht selbst Beteiligten übernommen werden dürften. Es fängt schon mit der Terminologie an, in der ganz selbstverständlich alle wissentlich oder unwissentlich diskriminierenden Begriffe fehlen („Eingeborene“, „Heiden“, „Primitive“, „Junge Kirchen“, „Neger“, „Asiaten“ usw.). Der Kreis, der sich ursprünglich um den Auftrag von Evanston sammelte und seitdem im wesentlichen die Arbeit getragen hat, war sich in gewissen Grundentscheidungen so einig, daß nicht mehr lange diskutiert zu werden brauchte. Es ist möglich, daß der Befund daher viele unserer Gemeindeglieder bis zu hochgestellten Persönlichkeiten der Kirche schockieren wird. Man lasse sich schockieren und denke die anstößigen Überlegungen selbständig durch, wobei man sich vor allem frei von allen Vorstellungen machen muß, die man nur gelesen oder vom Hörensagen übernommen hat. Sachlich sind die Ergebnisse von Saloniki fest gegründet auf den Erfahrungen einer weltweiten „Front“. Man hat in den letzten Jahren immer wieder Berichte aus Johannesburg oder dem rhodesischen Kupfergebiet, aus dem Parlament Indonesiens oder den Industrievororten japanischer Großstädte gehört, als daß unsere Ideen, die von ein paar Reisejournalisten geformt worden sind, dagegen bestehen könnten. Wir sollen uns auch nicht durch Erzählungen erster Hand beirren lassen, wenn sie aus einem Winkel der weiten Welt zu uns dringen. Ein schlichter Dorfpfarrer bei uns wäre nicht immer eine zuverlässige Quelle zu Gesamtfragen der deutschen Politik, Wirtschaft und Kultur. Ebensowenig sollte uns das berichtende Wort eines Missionars aus einem fremden Erdteil, dessen Sprache für ihn gelernte Fremdsprache ist, sakrosankt bleiben. Es ist nicht immer sicher, daß er ohne Verzerrungen seinen kleinen Standort überblicken kann. Es ist dagegen oft sicher, daß sein Gesamturteil über ein Land mit vielen Menschenmillionen und riesigen Entfernungen keineswegs endgültig sein kann. In den ökumenischen Gesprächen kam so viel Fronterfahrung zusammen, daß ihre sachliche Grundlage nicht angezweifelt werden kann.

Die Gespräche hatten ein Ergebnis, das keineswegs nur für die Länder raschen sozialen Umbruchs gilt. Wenn es nämlich richtig ist, daß der Christ das Leben in dieser Welt ernst nehmen sollte, daß zweitens kein Mensch in dieser Welt nur als Individuum existiert, sondern immer als Glied einer historischen Gruppe, daß er also nur in einem Gemeinwesen seiner Aufgabe gegenüber oder in der Welt nachkommen kann, dann muß dazu drittens bedacht werden, daß die Wirtschaft gerade in unserer Gegenwart die Grundlagen des öffentlichen Lebens mitbestimmt. Wer sich also für Wirtschaft „nicht interessiert“, überläßt diesen wesentlichen Teil unserer Welt dem Nichts. Man kann und darf sein Gewissen nicht beiseitelegen, wenn es um Wirtschaftsfragen geht. Das Gewissen kann nur sprechen, wenn vorher das notwendige Wissen zusammengetragen worden ist. In einer nachmarxistischen Gegenwart dürfen wir nicht im Bereich des „ideologischen Überbaus“ bleiben, wenn wir Front zur Wirklichkeit machen wollen.

Weiter war allen Teilnehmern klar, daß es Rangunterschiede zwischen verschiedenen Gruppen der Menschheit nicht gibt, daß deshalb die Unterschiede des Wohlstandes, der Freiheit, der Bildung usw. nicht zu rechtfertigen sind. Nationale Unabhängigkeit und das Recht auf wirtschaftliche Entwicklung, Pflege der kulturellen Eigenart und eine weltweite Bewegungsfreiheit sind für alle bestimmt. Schwierig wird es, wenn im konkreten Fall Anspruch gegen Anspruch steht, wenn die Forderungen nach politischer Freiheit und wirtschaftlicher Entwicklung nicht miteinander zu vereinbaren sind, wenn die Pflege einer alten Kultur ein Hemmnis der geistigen Entwicklung bildet. In diese konkreten Schwierigkeiten muß man sich im Sinne der „kritischen Identifikation“ immer tiefer hineinarbeiten, wenn man zu gültigen Einsichten kommen will. Die erarbeiteten Einsichten dürfen um so mehr Geltung beanspruchen, als unsere Brüder und Schwestern aus Afrika, Asien und Lateinamerika die Schwierigkeiten des Umdenkens bei uns selbst durchaus erkannten. Es gab keine billige Demagogie gegen den „Kolonialismus“, sondern nur die Feststellung, daß die Zeit für Beziehungen zwischen Staaten, Völkern und Menschen neue Formen fordere, daß noch wichtiger als die neue Form der neue Inhalt sei, daß also nicht nur formal noch regierende Kolonialmächte eine kolonialistische Haltung zeigen können. Gerade in Deutschland muß man darauf achten, daß die wirtschaftliche Seite des Kolonialismus oft ernster genommen wird als die verwaltungsmäßige, weil man hier zu schnell mit sich zufriedener ist, nachdem „die Kolonien“ nicht mehr da sind. Man wehrt sich gegen den technischen Überlegenheitsanspruch, gegen jede wirtschaftliche Übervorteilung, die man auch dann spürt, wenn man sein Befremden nicht sofort zeigt, und man fordert andererseits echte Wirtschaftshilfe sowohl durch Einschaltung in die üblichen geschäftlichen Kreisläufe (wie langfristige Investitionen usw.) als auch durch bedingungslose Restitution eines Teilbetrags der Werte, die in den Jahrhunderten der Europäervormacht aus den anderen Erdteilen herausgewirtschaftet worden sind. Wir sind sicher noch weit davon entfernt, diese und ähnliche Prämissen anzuerkennen.

Bei den Fragen der persönlichen Existenz, des wirtschaftlichen und staatlichen Lebens lag der Akzent keineswegs auf den Bedrohungen und Schwierigkeiten, die durch den raschen sozialen Umbruch heraufbeschworen werden, sondern vielmehr auf den Chancen eines von Gott geschenkten Augenblicks der Weltgeschichte. Man erkannte die positiven Möglichkeiten der modernen Entwicklung

für den einzelnen Menschen, für Familie, Schule und Kirche. Man bejahte die Technik und den wirtschaftlichen Aufschwung. Man beklagte nicht einseitig die Auflösung altgewohnter Dorfgemeinden, sondern fragte, wie die Stadt eigentlich auszusehen habe, die als Aufgabe vor uns steht. Man übertrug nicht den europäischen Katzenjammer gegenüber dem Kleinstaatnationalismus auf die konstruktiven Bestrebungen der Nationen Asiens und Afrikas, die Stämme und Landschaften unter großen Aufgaben zusammenführen wollen. Man leugnete niemals die Grenzen eines jeden Verbesserungswillens, aber man wußte, daß die Absage an den Perfektionismus nicht von der Pflicht zum sittlichen und vernünftigen Handeln in dieser unvollkommenen Welt befreit.

Man kam immer wieder an den Rand anderer Fragen, die eng mit dem „raschen sozialen Umbruch“ zusammenhängen, insbesondere an die Fortdauer von Rassenkonflikten und Rassendiskriminierungen sowie an die Gefahr neuer Kriege oder der menschlichen Selbstzerstörung. Diese Fragen sind als solche nicht aufgegriffen worden, weil man sich disziplinieren wollte. Deutlich wurde jedoch, daß die Überlegungen zum raschen sozialen Umbruch in den Kern unserer Existenz führen. Wir sollten in Deutschland hinhören, wenn Gedanken dieser Art zu uns kommen.

VON DER ZENTRALAUSSCHUSS-SITZUNG IN RHODOS

1. Bericht des Generalsekretärs

a) Die Initiative des Ökumenischen Patriarchats im Jahre 1920

Da wir als Zentralausschuß zum erstenmal auf dem Gebiet einer unserer östlichen orthodoxen Gliedkirchen zusammenkommen, sollten wir uns an eine grundlegende Tatsache unserer eigenen Geschichte erinnern, die nur ungenügend bekannt, aber doch von großer Bedeutung ist. Die Kirche von Konstantinopel, die Kirche des Ökumenischen Patriarchats, war nämlich die erste Kirche, die offiziell den Entschluß faßte, den anderen Kirchen die Bildung eines ständigen Bundes oder Rates von Kirchen vorzuschlagen.

Wir haben um so mehr Grund, dieser wagemutigen Initiative zu gedenken, als wir in diesem Jahre das 40jährige Jubiläum jenes Vorschlages begehen können. Im Januar 1919 schlug der Patriarchatsverweser der Heiligen Synode vor, daß die Kirche von Konstantinopel den Anstoß dazu geben solle, an die anderen Kirchen heranzutreten, um „die Vereinigung der verschiedenen Denominationen zu einem Bund (koinonia) der Kirchen“ zu erreichen. Man nahm den Vorschlag an und bildete ein Komitee, das eine Enzyklika über diesen Gegenstand entwerfen sollte. Den größten Teil dieser Arbeit leistete der Dekan der Theologischen Schule von Halki, der später Metropolit Germanos von Thyateira und einer der ersten Präsidenten des Ökumenischen Rates wurde. Im Januar 1920 erschien die Enzyklika in Griechisch, Englisch, Französisch und Russisch mit den Unterschriften des Patriarchatsverwesers und elf weiteren Metropoliten.

Wenn wir die Aufzeichnungen aus jener Zeit durchsehen, gewinnen wir den Eindruck, daß das Echo auf die Enzyklika nicht so stark war, wie sie es verdient hätte. In den 1920 oder 1921 erschienenen Nummern jener westlichen Kirchen-